

Geschäftsmodell: Rechte Wut

Im Schatten des Naumburger Doms in einer kleinen Gasse sitzt die Redaktion einer der populärsten Internetseiten des Landes. In einem der schmalen Häuser lehnt sich Thomas Böhm auf seinen Küchentisch. Böhm könnte ein bescheidener Mann sein kurz vor der Pensionierung. Doch stattdessen tüftelt er an einem ambitionierten Projekt. Aus seiner Küche betreibt er mit seiner Ehefrau ein rechtes Start-up: die Website *Journalistenwatch* (*Jouwath*). Warum? »Die Regierung darf nicht unwiderrspen Dinge tun, sie muss Kritik spüren und Widerstand«, sagt Böhm.

Journalistenwatch ist kein neutrales Portal. Auf der Seite schaltet die AfD Anzeigen, ebenso die vom Verfassungsschutz beobachtete, rechts-extreme Identitäre Bewegung, das rechte Modelabel Phalanx Europa und der Kopp-Verlag. Hier erscheinen Texte des neurechten Theoretikers Götz Kubitschek neben Artikeln des rechten *Compact*-Verlegers Jürgen Elsässer, vom AfD-Rechtsaußen Björn Höcke oder vom österreichischen Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ). Die Überschriften lauten »17-jähriges Goldstück aus Somalia auf Sextrip in Bonn« oder »Irrenhaus Deutschland: Moslems sind Nazis, und Nazis sind Moslems?«. Über die Ausschreitungen in Chemnitz heißt es: »Ein heißer Herbst steht uns bevor – die Straße gehört den Patrioten!« Hunderttausendfach wird *Jouwath* nach Angaben Böhm geklickt. Die Rangliste des Analysedienstes 10000flies zeigt, dass die Artikel in den sozialen Medien heute bisweilen mehr Menschen erreichen als die Angebote von *FAZ*, *SZ* oder *ZEIT ONLINE*.

Dabei startete das Projekt bescheiden. Bis ihm ein Jenaer Anwalt unter die Arme griff.

Er heißt Philipp Wolfgang Beyer, war ein Geldgeber hinter *Jouwath* und steht im Mittelpunkt eines Geflechts aus obskuren Tarnvereinen, die er geschaffen hat. Beyer, der von einem Turmzimmer in der Jenaer Innenstadt aus agiert, hat mit seinen Aktivitäten Verbindungen quer durch das neurechte Spektrum – vom Rittergut Schnellroda des Verlegers Götz Kubitschek bis in das Bundestagsbüro des AfD-Vorsitzenden Alexander Gauland.

Seit fünf Jahren tritt die Neue Rechte zunehmend selbstbewusst auf mit eigenen Plattformen, Verlagen, Vereinen und mit der AfD im Bundestag. Darin haben einige ein Geschäftsmodell erkannt. Sie verdienen Geld mit dem Aufstieg der Neuen Rechten: Sie verkaufen Kleidung wie der österreichische Leiter der Identitären Bewegung, Martin Sellner, der die Modemarke Phalanx Europa betreibt. Andere Rechtsextreme bieten mit dem »Pils Identitär« ein Bier an oder geben das identitäre Hipster-Magazin *Arcadi* heraus. Rechte Kleinstverlage wie Antaios oder Kopp schaffen es mit ihren Büchern bis auf die Bestsellerlisten. Und ein ganz eigenes Geschäftsmodell verfolgt der Rechtsanwalt Beyer.

Das System, das den Juristen in Kontakt mit den Spitzen der neurechten Bewegung bringen sollte, erprobte der Anwalt jahrelang in anderen unpolitischen Bereichen. Über ein Jahrzehnt lang erschuf Beyer ein Gestrüpp aus Tarnvereinen, Firmen und Initiativen. Das nutzte er, um mit zweifelhafte Methoden Tausende Mandanten zu gewinnen und diese mutmaßlich – wegen dieses Vorwurfs ermittelt gerade die Staatsanwaltschaft – zu betrügen. Doch Beyer wollte mehr und begann ein Netzwerk zu flechten, das heute auf unterschiedlichen Wegen den Hass in das Land trägt.

Über 20 Vereine besorgen dem Anwalt stetig neue Mandanten

Im Jahr 2001 bezieht Beyer sein erstes Büro in Jena. Er ist aus Hamburg nach Thüringen gezogen, hier will er mit einer eigenen Kanzlei durchstarten. Sein erster Partner, ein Hochschulabsolvent, stößt zufällig auf die Geschäftsidee, die Beyers Kanzlei später mit 75 Angestellten zur größten Jena machen soll und die schließlich dazu führt, dass Beamte die Büros durchsuchen, Akten beschlagnahmen und gegen die Anwälte ermitteln. Wegen einer Anlegersache muss Beyers Partner Akteneinsicht bei Gericht nehmen. Dabei findet er heraus, dass in den Insolvenz-akten die Adressen von allen geprellten Anlegern stehen. Für Beyer und ihn ein Schatz. Jeder Betroffene könnte ihr Mandant werden. Doch es gibt ein Problem: Für Anwälte gelten strenge Regeln, wenn sie potenzielle Mandanten anschreiben. Briefe an die Betroffenen könnten gegen ein Werbeverbot verstoßen.

Beyer findet einen anderen Weg: Im Herbst 2005 gründen mehrere Mitarbeiter und Bekannte Beyers einen Verein, den Deutschen Verbraucherschutzring (DVS). In der Satzung heißt es: »Vereinszweck ist die Förderung des privaten

Verbraucherschutzes in Deutschland und Europa.« Noch kennt kaum jemand den Verein, doch das soll sich bald ändern. In den folgenden Jahren bekommen Hunderte Menschen, die als Investoren viel Geld verloren hatten, Post vom Verbraucherschutzring. In einem DVS-Schreiben an einen Anleger der insolventen Investmentfirma Infonus heißt es: »Aus diesen Gründen biete ich Ihnen an, Mitglied in unserer Arbeitsgemeinschaft Infnus zu werden. Neben der Bündelung Ihrer Interessen erhalten Sie so zusätzlich eine umfassende rechtliche Prüfung Ihrer Beteiligungsunterlagen durch einen auf das Kapitalanlagerecht spezialisierten Vertrauens-anwalt, den wir Ihnen vermitteln.«

Sammelbriefe wie dieser wurden in Beyers Kanzlei erstellt und von dort versandt – aber auf Briefpapier des vermeintlichen Verbraucherschutzrings. So gaukelte Beyer eine unabhängige Organisation vor.

Ein Anwalt hat erkannt, wie glänzend sich im neurechten Milieu verdienen lässt. Eine Spurensuche im Inneren eines undurchsichtigen Netzwerkes

VON CHRISTIAN FUCHS, NICO SCHMIDT UND JELKA LERCHE (INFOGRAFIK)

